Chicken McNuggets retten Albaner vor Abschiebung

Weil sein Sohn Chicken McNuggets liebt, sollte ein Albaner nicht abgeschoben

Ein weiterer Fall, der die Dringlichkeiten von Reformen im Asylrecht in Europa beweist: Weil sein Sohn (10) fast ausschließlich Chicken McNuggets isst, konnte ein Albaner (39) seine Abschiebung aus Großbritannien verhindern.

Es sei eine “übermäßige Härte” wenn der kleine Sohn (10) des Albaners Klevis D. (39) in seinem Heimatland nicht mehr die geliebten Chicken McNuggets in der Qualität vorfindet, wie das eben in Großbritannien der Fall sei. Außerdem hätte der Bub „sensorische Schwierigkeiten“ mit bestimmten Kleidungsstücken, insbesondere Socken.

Aufgrund dieser Angaben gab ein Richter nun dem Einspruch des Albaners gegen seine

Quelle: https://blog.kumhofer.at/chicken-mcnuggets-retten-albaner-vor-abschiebung/

bereits angeordnete Abschiebung statt: Es sei eine “übertriebene Härte” feststellbar, die der Familie nicht zugemutet werden könne.

Albaner kam als Teenager nach Großbritannien

Die nächste Instanz hob das irritierende Urteil zwar auf, verwies die Causa aber wieder zurück an ein anderes Gericht – es wird nun weiter verhandelt, der Migrant und seine Familie bleiben inzwischen in Großbritannien.

Wie die britische Zeitung *Telegraph* berichtete, erschlich sich der Albaner Klevis D. (39) 2001 als Teenager das Aufenthaltsrecht, indem er sich mit falschem Namen als Flüchtling aus dem ehemaligen Jugoslawien ausgab.

Obwohl sein Asylantrag abgelehnt wurde, erhielt der Albaner 2007 die britische Staatsbürgerschaft, ebenso seine aus Albanien stammende Ehefrau. 2017 flogen die kriminellen Deals des Migranten auf, die Polizei stellte 250.000 Pfund (300.000 Euro) Schwarzgeld sicher. Klevis D. saß eine zweijährige Haftstrafe ab, die Staatsbürgerschaft wurde ihm wieder entzogen.

Die deutsche *Bild* schreibt zu diesem Fall: “Die Zahl der offenen Asylanträge hat sich durch die Überforderung von Justiz und britischen Behörden seit 2022 verfünffacht. Oppositionspolitiker der konservativen Tories sprechen von einer «Beleidigung für die britische Öffentlichkeit, dass unsere Einwanderungsgesetze auf so ungeheuerliche Weise missbraucht werden“. Der Fall zeige, wie „ausländische Kriminelle die Menschenrechtsgesetze und schwache Richter rücksichtslos ausnutzen».”